



Präambel

Wir, die Laubacher Verbände und Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Christlich Demokratischer Union, Freien Wählern & Sozialdemokratischer Partei sind Parteien/Wählervereinigungen, die im demokratischen Diskurs miteinander um die richtigen Lösungen ringen.

Hierin vereint uns unser Bekenntnis zu Rechtsstaatlichkeit, Freiheit, Demokratie und sozialem Zusammenhalt.

Unsere Zeit ist geprägt von tiefgreifenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Sicherung von Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit sowie der Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft erfordern entschlossenes und verantwortungsvolles Handeln.

Dabei ist es unser Anspruch, unterschiedliche Perspektiven konstruktiv zu verbinden und tragfähige Lösungen im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln.

Wir verstehen politische Verantwortung als Dienst an der Gemeinschaft.

Transparenz, Verlässlichkeit und Bürgernähe sind für uns zentrale Maßstäbe unseres Handelns.

Wir wollen Vertrauen stärken, Beteiligung fördern und die demokratische Kultur in unserer Stadt lebendig halten.

In Respekt vor unseren unterschiedlichen politischen Traditionen und im Bewusstsein unserer gemeinsamen Verantwortung verpflichten wir uns zu einer fairen, lösungsorientierten und von gegenseitigem Vertrauen getragenen Zusammenarbeit.

Unser Ziel ist es, Laubach als lebenswerte, zukunftsfähige und solidarische Stadt weiterzuentwickeln

Für die Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Laubach von 2026 bis 2031 schließen wir daher folgende

Vereinbarung zur gemeinsamen Verantwortung

mit folgenden Maßstäben:

A) Fairness, Transparenz und Vertrauen

Wir sind vier unterschiedliche Partner mit unterschiedlichen Ideen und Traditionen. Unser Wettstreit soll fair, kooperativ und transparent geführt werden.

Unsere Zusammenarbeit wird von gegenseitigem Vertrauen geprägt sein. Basis unserer Vereinbarung ist der Wille, mit dem Bürgermeister der Stadt Laubach, der Stadtverordnetenversammlung und dem Magistrat vertrauensvoll zusammen zu arbeiten.

Nur gemeinsam sind wir erfolgreich für unsere Stadt.

B) Unsere thematische Basis

1) Demokratie

Wir fördern aus tiefer Überzeugung die demokratische Arbeit in unserer Stadt und tragen mit der Form der Wahrnehmung unserer Aufgabe dazu bei, **demokratische Strukturen** zu stärken.

Die **demokratische Bildung** der Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters werden wir stärken.

Wir wollen ein **Mitbestimmungsgremium für Kinder und Jugendliche**, das wirklich funktioniert und von der Stadtverordnetenversammlung gehört wird.

Wir wollen die Schaffung eines **öffentlichen Gedenkortes** am/im Tunnel Freienseen für die in Laubach während der Zeit des Nationalsozialismus eingesetzten Zwangsarbeiter.

Die Würdigung der Arbeit von **Friedrich Kellner** soll mit dem Heimatkundlichen Arbeitskreis abgestimmt werden.

Wir forcieren die Erarbeitung eines Konzeptes zur **Förderung des Ehrenamts**.

2) Bauen/Infrastruktur/ Stadtentwicklung

Wir wollen eine ganzheitliche **Stadtplanung** für alle Stadtteile
Kleine attraktive **Baugebiete**, ökologisch, klimafreundlich und flächensparend
sind unser Ziel.

Wir wollen einen verantwortungsvollen Umgang mit der **Natur** bei
Neubaugebieten.

Wir beschließen die Aufnahme einer **Bauverpflichtung** in Bebauungsplänen für
Neubaugebiete.

Wir errichten ein **Neubaugebiet in der Kernstadt**. Darin wird ein größeres
Grundstück für die Bebauung durch eine **Baugenossenschaft** zur Verfügung
gestellt, wo auch **seniorengerechte** Wohneinheiten entstehen.

In den **Stadtteilen** wollen wir kleinere Wohnbauflächen für den örtlichen
Bedarf ausweisen.

Die Erschließung neuer Baugebiete erfolgt in **Teilabschnitten**.

Mit der Erschließung einer neuen Etappe wird erst begonnen, wenn die Kosten
für den vorherigen Abschnitt bekannt sind.

Den **Sanierungsbedarf der städtischen Immobilien** ermitteln wir und planen
die Abarbeitung sorgfältig.

Unsere Feuerwehren **erhalten** die notwendige Unterstützung.

Das nächste Projekt ist der Neubau eines **Gerätehauses für Münster**.

Dem **Zivil- und Bevölkerungsschutz** geben wir einen professionellen Rahmen.

Wir prüfen die Gründung einer **kommunalen Immobiliengesellschaft**
„Stadtentwicklung Laubach GmbH“ (Erwerb von Leerständen, Sanierung,
Vermietung).

Laubachs **Hallen- und Freibad** werden wir sanieren. Dabei werden
Barrierefreiheit, Attraktivität und ein angemessener Kostenrahmen
berücksichtigt.

Bei der Sanierung binden wir die Fachverbände des hessischen
Wassersportzentrums mit ein.

Zur Förderung des Vereins- und des Freizeitsports werden wir die
„**Bezirkssportanlage**“ als Sport- und Freizeitpark mit Kunstrasen und
Tartanbahn für Leichtathletik modernisieren.

Voraussetzung ist die maßgebliche Förderung durch Drittmittel.

Das **Kultur- und Begegnungszentrum** stellen wir fertig. Nach Ablauf von vier Jahren ab Betriebsbeginn wird eine Analyse zur Nutzung erstellt. Dann wird über den Weiterbetrieb entschieden.

In Lauter werden wir den Bau des **Dorfplatzes** vorantreiben.

Das **Rathaus** werden wir energetisch sanieren, um Energiekosten zu sparen und die Arbeitsqualität an heißen Tagen zu ermöglichen.

Wir nutzen die Möglichkeiten beschleunigter Bauverfahren („**Bauturbo**“), um gezielt und verantwortungsvoll dringenden Wohnraum und notwendige Infrastruktur zu schaffen, immer im Einklang mit den Bedürfnissen unserer Stadt. Dafür legen wir Regeln fest.

Wir unterstützen am ehemaligen **Singalumnat** eine Kompromisslösung zwischen dem Bauträger und den Anwohnern, mit dem Ziel eine zügige Bebauung zu realisieren. Sollte es bis zur Abstimmung über den vorliegenden „Bauturbo-Antrag“ keine tragfähige Kompromisslösung geben, werden wir diesen Antrag ablehnen.

3) Verkehr

Die **Ortsdurchfahrt Laubach** ist sanierungsbedürftig. Wir setzen uns überregional für die baldige Sanierung durch das Land Hessen ein.

Für die Straßen und Brücken im Eigentum der Stadt Laubach werden wir einen **Sanierungsfahrplan** erstellen und diesen jährlich sukzessive abarbeiten.

Sichere Schul- und Radwege müssen selbstverständlich werden. Wir geben ein bedarfsorientiertes **Radwegekonzept** in Auftrag, das die Grundlage für die Förderung von Radwegen bildet.

Wir setzen uns weiterhin für eine bessere Taktung der **XBus-Linie**, ein vernünftiges Angebot an Sonn- und Feiertagen und eine Abendverbindung, die Kino- und Theaterbesuche in Gießen ermöglicht, ein.

Es soll mindestens eine **barrierefreie Bushaltestelle** in jedem Stadtteil entstehen.

Wir erarbeiten den bedarfsgerechten Ausbau des **Bürgerbus**-Konzeptes für Senioren, Familien und Jugendliche.

4) Wirtschaft/Gewerbe

Wir werden ein neues **Gewerbegebiet** für Laubach ausweisen. Die Fläche zwischen Wetterfeld und Laubach bietet dafür die besten Rahmenbedingungen.

Wir erarbeiten und beschließen eine **Gewerbeförderrichtlinie**, die die Ansiedlung von Gewerbe und freien Berufen in unserer Stadt unterstützt. Unser Ziel ist die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen. Zusätzlich forcieren wir die Benennung eines Magistratsmitglieds als **Koordinator für Wirtschaftsfragen**.

Wir beantragen die Veröffentlichung einer **Übersicht regionaler Erzeuger** und unterstützen die lokaler Vermarktung.

5) Digitalisierung & Verwaltung

Die **Digitalisierungsoffensive** der öffentlichen Verwaltung bringen wir voran. Wir stellen finanzielle, personelle und ideelle Unterstützung zur Verfügung, um unsere Verwaltung Stück für Stück moderner zu machen. Die Schulung und Einbindung der Mitarbeiter stellen wir dabei sicher um eine hohe Akzeptanz der Veränderungen zu gewährleisten.

Wir bewerten unsere städtischen Regelungen auch nach Effizienz und werden im Rahmen des Machbaren städtische **Bürokratie abbauen**, zB. muss die Anmietung von Räumen in den DGHs einfacher werden.

6) Finanzen

Wir werden eine Kompensation der entfallenen **Straßenausbaubeiträge** beschließen. Nur so können weitere Straßen erneuert werden.

Wir überprüfen regelmäßig die Hebesätze der **städtischen Steuern** und prüfen die Einführung einer Grundsteuer C (unbebautes baureifes Land).

Lokal denken und lokal handeln: Im Rahmen des Möglichen setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Laubach **lokale Betriebe** unterstützt.

Der Erhalt der Selbstständigkeit der **Sparkasse Laubach-Hungen** ist unser erklärter Wille.

7) Soziales

Ein wesentlicher Faktor zur Attraktivität unserer Stadt ist die **ärztliche Versorgung**. Diese steht vor einem Umbruch. Wir werden nötige Anstrengungen unternehmen, um die ärztliche Grundversorgung weiter sicherzustellen.

Die Vielfalt unserer **Kinder-Tageseinrichtungen** ist beispielhaft. Diese erhalten wir und bauen sie aus. Wir werden ausreichend Kitaplätze für alle Altersgruppen zur Verfügung stellen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicher zu stellen. Die gute Qualität der Betreuung ist uns wichtig. Die **Kita in Lauter** werden wir durch einen Neubau ersetzen.

Unsere Schulen werden wir mit Kräften unterstützen. Ziel ist der Erhalt des außergewöhnlichen **Bildungsstandortes Laubach**. Darüber hinaus werden wir uns mit den Hochschulen vernetzen.

Wir ergänzen das Angebot in unserer **Jugendarbeit** um aufsuchende Modelle, gleiches fordern wir für die **Sozialarbeit** vom Landkreis Gießen.

Das **Freizeitangebot für Kinder** erweitern wir um Möglichkeiten für **Jugendliche**, wie zB die Pumptrack-Anlage, für deren Verwirklichung wir uns stark machen.

Das Kinder- und Jugendbüro soll eine Sprechstunde/Anlaufstelle für **queere Jugendliche** anbieten.

Wir erhalten das **Familienzentrum** und entwickeln die Angebote unter Beteiligung der **Stadtteile** weiter.

Wir unterstützen die Ausrichtung einer **Ausbildungsmesse** mit den lokalen Akteuren.

Wir werden die Erkenntnisse der **Altersstudie** zur Umsetzung priorisieren und schrittweise zur Umsetzung bringen.

Wir wollen alternative **Wohnangebote für Senioren** realisieren.

8) Kultur und Tourismus

Wir erkennen die **Kultur und den Tourismus** als Standortfaktor unserer Kommune an. Die finanziellen Spielräume für diese Bereiche müssen erhalten bleiben, um das hohe Niveau zu halten und Angebote auszuweiten.

Der **Feierabendmarkt** ist zur Tradition geworden, die wir nicht verlieren wollen.

9) Wasser

Wir wollen eine Wiedereinführung der **Zisternenförderung** umsetzen.

Der **Wasserrückhalt** im Wald und in der freien Landschaft soll gemeinsam mit den Flächenbesitzern weiter vorangetrieben werden.

Die **städtische Wasserversorgung** werden wir in öffentlicher Hand belassen.

10) Natur, Umwelt und Klima

Wir wollen eine enge Kooperation der Stadt mit den **Naturschutzgruppen** und Obst- und Gartenbauvereinen. Hierzu zählen auch Hilfestellungen durch den Bauhof. Auch Privatbesitzer und die **Landschaftspflegevereinigung** sollen als Kooperationspartner einbezogen werden.

In dieser Wahlperiode werden wir sämtliche **Ausgleichsflächen für Bau- und Gewerbegebiete** der Stadt Laubach durch die Abarbeitung des Vertrags mit dem Landkreis Gießen oder entsprechende mit der UNB vereinbarte Maßnahmen umsetzen.

Wir wollen ein **Kataster aller kommunalen Flächen** im Außenbereich.

Diese Flächen sollen, sofern sie ökologisch wertvoll sind, so bewirtschaftet werden, dass ihr ökologischer Wert erhalten bleibt.

Außerdem wollen wir eine Aufnahme der bekannten Daten über die Flächen im Außenbereich insgesamt, um eine sinnvolle **Freiflächenplanung** zu betreiben.

Eine **Feldwegesatzung** soll gemeinsam mit allen Nutzergruppen erarbeitet werden.

Durch enge Vernetzung werden wir die Interessen von Natur- Umwelt- und Klimapolitik, sowie Landwirtschaft vereinen. Die **Teilhabe der unterschiedlichen Akteure** an Entscheidungswegen ist für uns selbstverständlich.

Wir ermöglichen eine angemessene Umsetzung der Arbeitsergebnisse des **NUK-Beirats**

Wir gehen die Umsetzung des **Hochwasserschutzes** an, auch mit überregionalen Organisationen

Wir begleiten wohlwollend die Verwirklichung von **Agri-Photovoltaik** (gleichzeitige Nutzung einer Fläche für Landwirtschaft und Photovoltaik).

Die **Klimamanagerstelle** soll nach Auslauf der Förderung beibehalten werden.

Nahwärmekonzepte für alle Stadtteile sollen entwickelt und - sofern genügend Nutzer gefunden werden - auch umgesetzt werden.

Ein **Hitzeschutzkonzept** für die Stadt und die Stadtteile soll entwickelt werden.

C) Form der Zusammenarbeit

Es besteht uneingeschränkte Einigkeit darüber, bei Sachfragen eine möglichst breite **Einbindung und Partizipation** der Demokraten in der Stadtverordnetenversammlung herzustellen.

Dies schließt **wechselnde Mehrheiten** innerhalb des genannten Kreises ausdrücklich ein.

Wir vereinbaren folgende Gremienbildungen & Größen:

1) Magistrat:

Der Magistrat besteht aus 9 Stadträten + 1. Stadtrat + Bürgermeister

Der Magistrat soll administratives Kollegialorgan sein, um die Weiterentwicklung der Stadt und ihrer Verwaltung aktiv zu fördern.

2) Ausschüsse und Beiräte

Wir bilden je einen

a) Haupt-, Bau-, Finanz- und Umweltausschuss (9 Mitglieder)

b) Jugend-, Sport-, Kultur-, Tourismus-, und Sozialausschuss (9 Mitglieder)

c) Seniorenbeirat

d) Jugendbeirat

e) Natur-, Umwelt- und Klimabeirat

f) Bildungsbeirat

Die bestehenden Satzungen von Natur-, Umwelt- und Klimabeirat, sowie Bildungsbeirat werden wir auf Anregung der derzeitigen Gremien verändern, um Beschlussfähigkeit und Sachkunde zu stärken.

Die Satzung des Jugendbeirats soll ebenfalls überarbeitet werden, um eine verbesserte Arbeitsfähigkeit herzustellen.

3) Bürgermeisterwahl

Der CDU- Stadtverband, die Ortsverbände von FW und Grünen, der Ortsverein der SPD, sowie die Fraktionen der Bündnispartner werden zur kommenden Bürgermeisterwahl vereint die Kandidatur von Björn Erik Ruppel als gemeinsamen Bewerber unterstützen und tragen die Kandidatur nach innen wie nach außen zusammen.

Die Einigung auf den gemeinsamen Bewerber bringt den politischen Willen zum Ausdruck, einen von breiter demokratischer Verantwortung getragenen Kandidaten zu benennen.

Der mitunterzeichnende Bewerber Björn Erik Ruppel sichert dem Bündnis Vertrauen, Verlässlichkeit und Bereitschaft zur gemeinsamen Verantwortung zu.

4) **Gemeinsame Personalpolitik:**

Darüber hinaus treffen wir die folgende personelle Vereinbarung:

Stadtverordnetenvorsteher: FW

Erster Stadtrat: CDU

Im Fall der Wahl von Björn Erik Ruppel zum Bürgermeister wird der Erste Stadtrat durch die Fraktion der Grünen gestellt.

Grundlegendes:

Die Fraktionen stimmen überein, dass das **Benennungsrecht** der jeweiligen Positionen bei der betreffenden Fraktion liegt.

Die Fraktionen richten einen **Kooperationsausschuss** ein, in dem wichtige Fragen gemeinsam beraten werden. Dieser tagt vor jeder Sitzungsrunde, sowie auf Verlangen mindestens eines Bündnispartners. Jeder Partner benennt zwei Mitglieder des Ausschusses. Im Falle der Wahl unseres gemeinsamen Kandidaten wird dieser ohne Stimmrecht in den Ausschuss kooptiert.

Wir wollen die **Sitzordnung** der Stadtverordnetenversammlung wieder ins „Laubacher Rund“ zurückführen. Dies fördert die Bildung von Gemeinsamkeit und gegenseitiger „Sichtbarkeit“.

Gute Formen der Auseinandersetzung werden wir stärken.

Der **Haushaltsplan** wird gemeinsam durch die vier Fraktionen beraten und entschieden. Hierbei ist Einvernehmen herzustellen.

Über diese Vereinbarung hinausgehende Fragen sollen möglichst im **Konsens** entschieden werden.

Ist dieser nicht herzustellen, obliegt es den Fraktionen, eigenständig zu verfahren.

Laubach, den 19. April 2026:

Für die CDU:

Für die FW:

Für die SPD:

Für Bündnis 90/ Die Grünen: